



HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Polizei und Justiz in Hessen ausbauen - innere Sicherheit stärken

Alle Menschen müssen in Hessen sicher sein und sich sicher fühlen können. Mehr als die Hälfte der Deutschen fürchtet jedoch einen islamistischen Terroranschlag. Auch die Angst vor rassistischen Straftaten und vor Alltagskriminalität, wie z.B. Wohnungseinbrüchen, betrifft die Menschen erheblich in ihrem Sicherheitsempfinden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass alle Menschen das Recht haben, unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt zu werden. Innere Sicherheit ist eine wesentliche Staatsaufgabe, die Bund und Land gleichermaßen mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein erfüllen müssen. Der Landtag setzt sich für eine konsequente, effiziente und rechtsstaatliche Bekämpfung von Kriminalität ein.
2. Der Landtag dankt den hessischen Polizistinnen und Polizisten für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in unserem Land.
3. Der Landtag verurteilt Gewalt und Kriminalität überall und unabhängig von wem sie ausgeht, ob es die deutlich zunehmende rechte Gewalt ist oder Straftaten von Ausländern wie in Köln und anderen Städten. Diese Täter stehen außerhalb unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und müssen deshalb mit aller Härte unseres Rechtsstaats zur Verantwortung gezogen werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass Rassismus und Rechtsextremismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, Flüchtlingsheime, Helferinnen und Helfer sowie Politikerinnen und Politiker durch rechtsextreme Gewalttäterinnen und -täter haben ein alarmierendes Ausmaß angenommen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gegen rechtsextreme Täterinnen und Täter mit aller Härte des Rechtsstaats einzuschreiten. Hierzu müssen Rechtsextreme konsequent vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Darüber hinaus muss gezielt mit polizeilichen Mitteln gegen rechtsextreme Straftaten und Gewalt vorgegangen werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine umfassende Prävention im Bereich Rechtsextremismus weiter voranzutreiben. In den kommenden Haushaltsjahren müssen Mittel für die Prävention ausreichend zur Verfügung stehen. Der Landtag stellt fest, dass Prävention eine Daueraufgabe ist, die auch dauerhaft ausreichend finanziert werden muss.
6. Der Landtag setzt sich für eine entschlossene Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ein. Die Anschläge in Paris und die konkrete Gefährdungslage an Silvester in München und bei dem Spiel der deutschen Nationalmannschaft in Hannover haben gezeigt, dass der hessische Verfassungsschutz gegenüber der islamistischen Szene weiterhin sehr wachsam sein muss. Eine der wichtigsten Aufgaben ist dabei die Verhinderung der Ausreise nach Syrien. Hier muss das Landesamt für Verfassungsschutz entschieden eingreifen und Informationen aus dem Umfeld von ausreisebereiten Personen ernst nehmen. Auch die Präventionsarbeit muss weiter ausgebaut werden, um junge Menschen, die Ziel von "Missionierungsmaßnahmen" sind, zu sensibilisieren.
7. Der Landtag stellt fest, dass eine Bündelung der Kompetenzen aller Behörden und der Polizei in Bund und Ländern zu größerem Erfolg bei den Ermittlungsergebnissen im Be-

reich der Organisierten Kriminalität führt. Der verstärkte Ausbau der erfolgreich zusammenarbeitenden gemeinsamen Bund-/Länder-Ermittlungsgruppe muss weiter vorangehen.

8. Der Landtag stellt fest, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche seit 2005 kontinuierlich ansteigt und nun den Stand von 11.595 erreicht hat. Die Aufklärungsquote liegt bei lediglich 21,6 %. Wohnungseinbrüche greifen tief in die Persönlichkeitssphäre der Bürgerinnen und Bürger ein und hinterlassen Unsicherheit in den eigenen vier Wänden, in denen man sich eigentlich am sichersten fühlen sollte. Der Landtag stellt fest, dass diese Form der Kriminalität besonders stark zu bekämpfen ist. Präventive Maßnahmen zur Eigensicherung müssen staatlich ausreichend unterstützt werden.
9. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Anzahl der Straftaten, die mit dem Tatmittel Internet verübt wurden, im Jahr 2015 um 647 auf 17.561 Fälle gestiegen ist und die Aufklärungsquote auf 76,5 % sank. Durch Digitalisierung und neue Technologien ist in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer Modernisierung und Spezialisierung der Sicherheitsbehörden in der IT-Technologie.
10. Der Landtag stellt fest, dass das Land Hessen die Verantwortung für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger trägt. Die Landesregierung hat somit dafür zu sorgen, dass die Polizei, die wichtigster Garant für die innere Sicherheit ist, personell ausreichend ausgestattet ist. Der Landtag stellt jedoch fest, dass die Landesregierung für die personelle Unterbesetzung der Polizei verantwortlich ist. Hessen steht bei einem Vergleich der Polizeidichte mit 226 Polizistinnen und Polizisten pro 100.000 Einwohner auf Rang 14.
11. Die schlechte Personalsituation wird unterstrichen durch eine Ansammlung von 3,5 Millionen Überstunden und den hohen Krankenstand von im Durchschnitt 28 Tagen pro Bediensteten, der auf fehlende Regenerationszeiten zurückzuführen ist. Der Landtag stellt fest, dass die Unterbesetzung der Polizei durch die stetig wachsenden Aufgaben, die von der Landesregierung nicht durch ausreichende Neueinstellungen kompensiert werden, verursacht wurde. In den Jahren 2001 bis 2009 wurden schon 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut. In dieser Legislaturperiode werden weitere 147,5 Stellen im Tarifbereich gestrichen.
12. Der Landtag missbilligt, dass durch die Sparmaßnahmen der Landesregierung die Unzufriedenheit bei den Polizeibediensteten wächst. Hessische Polizeibeamtinnen und -beamte haben mit 42 Stunden bundesweit die höchste Wochenarbeitszeit. Sie werden von der Einkommensentwicklung abgekoppelt. Neben der Nullrunde im Jahr 2015 ist für die folgenden Jahre lediglich eine Anhebung von 0,5 % bis 1 % vorgesehen. Hessische Polizeibeamtinnen und -beamte haben im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund das zweitniedrigste Grundgehalt bei der Besoldungsgruppe A10. Aber auch mit Sonderzahlungen liegt Hessen auf Platz 13 im Länder- bzw. Bundesvergleich. Des Weiteren erfolgte eine Kürzung der Beihilfe, die einer Lohnkürzung gleichkommt.
13. Der Landtag stellt fest, dass innere Sicherheit nur dann gewährleistet werden kann, wenn eine gut ausgestattete und gut ausgebildete, hoch motivierte und gesellschaftlich anerkannte Polizei vorhanden ist. Da Polizistinnen und Polizisten häufig im Schichtdienst und am Wochenende arbeiten, muss der Arbeitsplatzzufriedenheit und Familienfreundlichkeit ein hohes Gewicht zukommen - dazu gehören auch ein gutes Gesundheitsmanagement und eine gute Bezahlung.
14. Der Landtag stellt fest, dass für einen starken Rechtsstaat auch eine ausreichend ausgestattete Justiz erforderlich ist, sodass Straftaten schnell aufgeklärt und Straftäter angeklagt und verurteilt werden können. Der Landtag setzt sich deshalb dafür ein, den Personalabbau in der hessischen Justiz zu stoppen.
15. Der Landtag stellt fest, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt. Der Landtag lehnt demnach die Gründung von Bürgerwehren ab.

Begründung:

Es muss sichergestellt sein, dass jeder unabhängig von seiner persönlichen Situation und seinen finanziellen Verhältnissen umfassend vor Kriminalität geschützt wird. Ein starker, entschlossener und vor allem handlungsfähiger Rechtsstaat ist dafür unabdingbar. Er muss Alltagskriminalität genauso wirkungsvoll bekämpfen und unterbinden wie organisierte Kriminalität. Zudem muss er auch imstande sein, seine Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen zu schützen, wie sie in der Silvesternacht 2015/2016 passiert sind.

Um Straftaten zu verhindern, aufzuklären und Täter anzuklagen, müssen eine gut ausgestattete und handlungsfähige Polizei und Justiz zur Verfügung stehen. Die innere Sicherheit darf nicht durch fehlendes oder überlastetes Personal gefährdet werden.

Zwar betrug nach der Polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Hessen die Aufklärungsquote von Straftaten 2015 59,9 %, jedoch darf diese Zahl nicht über die Missstände bei der hessischen Polizei hinwegtäuschen. In Hessen war die Polizei schon vor der Flüchtlingssituation und der erhöhten Bedrohungslage durch islamistischen Terrorismus aufgrund des wachsenden Aufgabenbereichs, der beispielsweise die Bekämpfung der Cyberkriminalität und Einsätze bei Großereignissen und Fußballspielen umfasst, hoch belastet. Die schlechten Arbeitsbedingungen und die Überlastung vieler Polizeibediensteter führen zu einem großen Unmut. Wie die hohe Aufklärungsquote jedoch zeigt, leidet darunter nicht die Einsatzbereitschaft der hessischen Polizistinnen und Polizisten.

Weiterhin geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik hervor, dass in vielen Bereichen akuter Handlungsbedarf für die Landesregierung besteht. Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg signifikant um 5,6 %. Hinzu kommt, dass die Aufklärungsquote nicht nennenswert verbessert werden konnte. Weiterhin kann nur jeder fünfte Einbruch aufgeklärt werden. Im Bereich der Internetkriminalität stiegen sogar die Fallzahlen, während die Aufklärungsquote sank. Alarmierend ist auch die gestiegene Zahl von rechtsextremen Taten im letzten Jahr.

Ein starker Rechtsstaat erfordert auch eine ausreichend ausgestattete Justiz. Die Justiz in Hessen hat jedoch mit einem Abbau von 673 Stellen seit 2012 bis zum Ende der Legislaturperiode zu kämpfen. Bei den Beamtinnen und Beamten und den Tarifbeschäftigten wächst mit jeder neuen Sparmaßnahme die Arbeitsbelastung.

Wiesbaden, 2. Februar 2016

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel